WELTENBÜRGER

Gustav Stresemann Institut

Hinweise, Nachrichten und Meinungen zum Europäischen Gedanken • Herausgeber: Dr. Ansgar Burghof

NEWSLETTER DES GUSTAV-STRESEMANN-INSTITUTS E.V., BONN, AUSGABE 3/2017

DIE GROSSE KRISE DER FÜNFTEN REPUBLIK

Im Interview mit Weltenbürger erklärt Bernd Hüttemann, Vizepräsident der Europäischen Bewegung International und zugleich Generalsekretär der Europäischen Bewegung Deutschland, die Hintergründe und Zusammenhänge der Präsidentschaftswahl in Frankreich.

Frage: *Steht mit der französischen Präsidentschaftswahl auch der Fortbestand der Europäischen Union auf dem Spiel?*

Hüttemann: Sicherlich, wenn Frau Le Pen gewinnen würde. Die Europäische Union würde zunächst stark wackeln, zumal Le Pen die Frage nach dem Frexit stellen würde. Grundsätzlich wäre das für die europäische Integration sehr schwierig. Es wäre natürlich eine Destabilisierung; Frankreich ist eines der wichtigsten Länder der Europäischen Union. Das würde Friktionen hervorrufen, wie wir es zum Teil auch schon bei Großbritannien sehen. Aber es handelt sich zunächst um eine französische Frage und gar nicht so sehr um eine der EU.

Frage: *In den Niederlanden hat Geert Wilders die Wahl nicht für sich entscheiden können. Hat die Wahl in den Niederlanden Signalwirkung für Frankreich?*

Hüttemann: Ja, die zehn bis zwanzig Prozent Rechtspopulismus und Nationalismus, die auf dem Vormarsch waren, wurden durch die Wahl in den Niederlanden aufgehalten. Ich glaube, der Trend, dass eine große Welle der nationalistischen, antieuropäischen Populisten über den Kontinent schwappt, ist gestoppt.

Frage: *Den Umfragen zufolge scheint es in Frankreich auf eine Stichwahl zwischen Emmanuel Macron und Marine Le Pen hinauszulaufen. Hätte Le Pen in einer Stichwahl überhaupt eine Chance?*

Hüttemann: Ich glaube, dass Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg den größten Schritt zur europäischen Integration gemacht hat. Vor allem weiß Frankreich,

© Europäische Bewegung Deutschland

wo es herkommt und sieht, dass eine Umkehr der pro-europäischen Ausrichtung, die Frankreich immer hatte, die Vorteile für das Land kaputtmachen würde. Ich denke, dass ein Großteil des zutiefst verunsicherten französischen Volkes den Schritt nicht machen und dass Macron gewinnen wird. Bei aller Kritik an dem elitären Politsystem in Frankreich werden die Vorteile der europäischen Integration gesehen.

Frage: *Worin begründet sich der Erfolg von Le Pen und der Front National?*

Hüttemann: Es ist ein bisschen wie bei Großbritannien. Man guckt gar nicht so genau hin, wie die politischen Systeme sich in den letzten Jahren entwickelt haben. Man war ja auch beim Brexit sehr überrascht. Wir haben in beiden Ländern eine Elitenbildung, die dazu geführt hat, dass viele Menschen sich abgehängt fühlen. Gerade in der Peripherie – und Peripherie heißt in diesem Kontext nicht nur territorial, sondern auch gesellschaftlich. Das kann das französische System seit Jahren nicht auffangen.

Der Zentralismus ist dabei nicht das Problem, sondern der Etatismus des französischen Demokratiesystems. Es gibt eigentlich nur das Volk und den Staat. Das ist die große Krise der Fünften Republik. Die Fünfte Republik wurde in einer Zeit geschaffen, in der es um den Algerienkrieg ging – um postkoloniale Fragen – und im Grunde auch darum, wie man Aggressoren wie den Deutschen entgegenstehen kann. Das schadet einer Demokratie nach innen. Frankreich muss sich selber einer großen Demokratiefrage stellen. Das wird nicht leicht zu lösen sein. Auch wenn Macron gewinnt, haben wir nicht unbedingt die Lösung.

Frage: *Macron sagt von sich, er sei weder rechts noch links. Wo beziehungsweise wofür steht er?*

Hüttemann: Das wird man sehen. Sicherlich ist das Rechts-Links-Schema durchaus zu problematisieren. Seit dem Ende des Kalten Krieges fühlen sich genug Menschen keiner Partei mehr zugehörig und sind trotzdem politisch. Alles medial nur auf zwei Personen und auf links oder rechts zu beziehen, ist nicht sehr intelligent. Das ist ein Problem der medialen Wirklichkeit. Demokratie ist komplizierter. Deshalb kann ich mir gut vorstellen, dass Macron durchaus für eine große, starke Mitte steht und Gemeinwohlinteressen sowie Partikularinteressen zusammenbringen kann. Das ist schon ein Programm an sich.

Frage: *Wie bewerten sie, dass Macron eine starke Partei im Rücken fehlt und er keine Hausmacht im Parlament hätte?*

... weiter von Seite 1

Hüttemann: Sein Problem ist das Problem Frankreichs. Das französische Problem ist: entweder ganz oder gar nicht. Die größte Frage wird sein: Kann man das an sich sehr offene und demokratische französische Volk abholen, um eine interne Reform durchzusetzen? Die meisten fokussieren sich auf die Wirtschaftsfragen. Ich glaube, es ist eine gesellschaftliche Frage, die die Fünfte Republik zu lösen hat.

Wenn Macron wirklich eine Transformation des Landes erreichen möchte, sagt er nichts anderes als „wir brauchen eine Sechste Republik". Das ohne Truppen auf dem Boden, ohne großen Rückhalt bei bestimmten gesellschaftlichen Schichten und ohne eine starke Partei hinzubekommen, wird nicht leicht.

Ich will es nicht beschwören, aber es gibt durchaus die Gefahr, dass wenn Macron gewinnt, das Problem Le Pen erst noch kommen wird. Nämlich fünf Jahre später, falls er grandios scheitern sollte.

Frage: *Könnte Macron der EU neuen Aufschwung geben?*

Hüttemann: Das hängt davon ab, ob Frankreich es als Land schafft, die Konsequenz zu einem parlamentarisch geprägten Europa einzuschlagen. Mit der Wortwahl von Macron muss man vorsichtig sein, aber mit ihm ist es am ehesten zu schaffen. Die Zentristen in Frankreich waren immer sehr stark auf ein recht parlamentarisch ausgerichtetes Europa eingestellt. Wenn er diese Legacy, diese Werte aufnimmt und widerspiegelt in den skandinavischen und mitteleuropäischen Raum, der damit am ehesten etwas anfangen kann, aber auch in Spanien und Italien, dann könnte daraus eine neue Art von konstruktiver Europapolitik werden.

Frage: *Spielt Europa im französischen Wahlkampf die alles entscheidende Rolle?*

Hüttemann: Ich glaube schon, dass es dieses Mal anders ist als früher. Man merkt bei Le Pen und Macron ganz deutlich, dass Europa ein Thema ist. Der eine bringt offensiv eine pro-deutsche, pro-europäische Haltung hinein, die sicherlich auch eine pro-parlamentarische Demokratiehaltung ist. Die andere ist vehement dagegen. Deshalb wird es eine enorme Rolle spielen. Aber die wirkliche Grundsatzfrage ist, ob es um eine neue Republik in Frankreich geht.

Frage: *Fast die Hälfte der Wähler sind unentschlossen. Warum?*

Hüttemann: Erst einmal ist es eine gute Sache, wenn ein Wähler sich bis zum Schluss des Wahlkampfes ein Meinungsbild bildet. Aber die Franzosen sind verunsichert – auch wegen der Korruption. Es war lange Zeit nicht verwerflich, wenn man seinen familiären Nepotismus auslebte. Das hat sich verändert. Es werden neue Wertmaßstäbe angesetzt.

Andererseits haben wir in Frankreich keine starken Parteien, wie das bei uns ist, sondern eine sehr personenfokussierte Politik. Die Menschen denken natürlich immer noch politisch und wollen sich auch einbringen, aber sie haben nicht die Chancen dazu.

Wenn sie die Chancen doch haben, ist es oft nur durch den Extremismus oder die Radikalität. Das verunsichert die gesamte Gesellschaft und die Leute müssen lange überlegen, wer die eigenen Werte noch darstellen kann.

Vielen Dank, Herr Hüttemann.

THOMAS KLEIST – ÜBERZEUGTER EUROPÄER IM DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN GRENZGEBIET

„In einer demokratischen Gesellschaft reicht es nicht aus, wenn Politiker und Intellektuelle die Wechselbeziehungen zwischen einem vereinten Europa und den Grundwerten von Frieden und Freiheit richtig einordnen können. Dazu bedarf es vielmehr auch eines breiten Konsenses in der Bevölkerung", erklärte Prof. Thomas Kleist anlässlich des Brexit. Der Vorstandsvorsitzende des Deutsch-Französischen Journalistenpreis und Intendant des Saarländischen Rundfunks zeigte sich auch in seiner Festrede anlässlich des 65. Geburtstags des Gustav-Stresemann-Instituts als überzeugter Europäer.

Foto: SR/P. D'Angiolillo

Kleist weiß aus langjähriger Erfahrung um die Wichtigkeit, aber auch die Herausforderungen bei der Verstärkung der deutsch-französischen Beziehungen. Als geborener Saarländer wuchs er durch die Geschichte seiner Heimat mit einem ständigen Bewusstsein für die speziellen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich auf. Nach seiner Zeit als Staatssekretär des saarländischen Ministeriums für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales und Mitglied des Rundfunkrates des Saarländischen Rundfunks, wurde er 1990 Vorsitzender des von ihm mit gegründeten Institut für Europäisches Medienrecht. 2011 wurde er zum Intendanten des Saarländischen Rundfunks. Sein Vorsitz beim Deutsch-Französischen Journalistenpreis und viele weitere Mitgliedschaften in Stiftungen und Aufsichtsräten verdeutlichen sein Engagement für ein vereintes Europa. Das Ziel, einen breiten Konsens in der Bevölkerung für Europa zu erreichen, hat er offensichtlich fest im Blick.

ABKEHR VOM FREIHANDEL – IST PROTEKTIONISMUS DER NEUE TREND?

Spätestens mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten haben die Diskussionen über die jeweiligen Vor- bzw. Nachteile von Protektionismus und Freihandel neue Brisanz bekommen. Denn der neue Mann im Weißen Haus setzt auf die Abschottung seines Landes, will es mit neuen Steuern und Zöllen vor den „bösen" Importen aus anderen Ländern schützen. Damit erfüllt Trump seine Versprechungen aus dem Wahlkampf, nach der Leitlinie „America first" zu handeln und die politischen Entscheidungen seiner Regierung davon abhängig zu machen, ob sie den Amerikanern nützen oder nicht. Allerdings sind viele Ökonomen, die Trumps Abschottungspolitik kritisieren, nicht der Ansicht, dass diese den USA (mittel- und insbesondere langfristig) zum Vorteil gereichen wird. Aber auch der globale Handel könnte demnach unter dem neuen amerikanischen Protektionismus leiden.

Doch von solchen Zweiflern lässt sich Trump bekanntlich nicht beeindrucken. Im Rahmen seiner angekündigten Abschottungspolitik erklärte der neue US-Präsident als eine seiner ersten Amtshandlungen den Austritt der USA aus dem transpazifischen Handelsabkommen TPP. Auch damit setzt Trump seine protektionistischen Ankündigungen aus dem Präsidentschafts-Wahlkampf um, in dem er bereits betont hatte, dass er grundsätzlich nicht viel von Freihandelsabkommen, wie etwa dem nordamerikanischen mit Mexiko und Kanada (NAFTA – North American Free Trade Agreement) hält.

Doch nicht erst seit dem Eintritt Trumps in das politische Geschehen der USA wächst die Kritik an der Globalisierung und damit auch dem Freihandelsgedanken. In Europa propagieren ebenfalls populistische, nationalistische Gruppierungen zunehmend protektionistisches Gedankengut: So in Großbritannien, wo rechtspopulistische EU-Gegner rund 52 Prozent der Bevölkerung dazu bewegen konnten, für den Brexit, also den Austritt des Landes aus der Europäischen Union zu stimmen. Dabei argumentierten die Brexit-Befürworter damit, dass es besser sei, wenn Großbritannien eigene Handelsabkommen abschließen könnte – was als EU-Mitglied nicht geht. Dadurch würden die britischen Exporte in die übrige Welt doppelt so schnell wachsen wie jene in die EU-Länder, hieß es.

Für die Brexit-Kritiker hingegen bedeutete der Freihandel innerhalb der Gemeinschaft einen der wichtigsten Gründe für einen Verbleib in der EU. Sie sorgen sich, dass es zu erheblichen negativen wirtschaftlichen Folgen für den europäischen Staatenbund kommen wird, wenn die zweitgrößte Volkswirtschaft in der EU dieser den Rücken kehrt. Doch auch die Briten müssen sich nach dem Brexit-Votum auf neue Handelsbedingungen einstellen: Ihren Unternehmen drohen nun Zölle und Handelshemmnisse als Alternative zum ehemals freien Zugang zum Binnenmarkt. Diese neuen Verhältnisse können den Handel zwischen der britischen Insel und dem europäischen Kontinent massiv erschweren und so Wohlstandsverluste für alle mit sich bringen, warnen Ökonomen und Wirtschaftsvertreter unisono.

Ungeachtet dieser Mahnungen von Experten finden in Frankreich, den Niederlanden, Italien und ebenfalls in Deutschland Parteien und Gruppierungen weiter Zulauf, die gegen Freihandel und Globalisierung eingestellt sind. Nicht nur diese Entwicklung legt für etliche Beobachter den Schluss nahe, dass der Globalisierung derzeit „die Puste ausgeht". Dafür sorgen demnach nicht zuletzt eine nachlassende Dynamik im internationalen Güterhandel sowie das Wiederaufleben regional geprägter Wertschöpfungsketten.

Nach Analysen des Internationalen Währungsfonds (IWF) geht das Volumen des weltweiten Güteraustauschs seit Jahren zurück. Demnach wuchs der Güteraustausch in den 1990er Jahren noch doppelt so schnell wie die Weltwirtschaft. Doch das ist vorbei: In den Jahren 2001 bis 2007 legte der Handel laut IWF nur noch eineinhalbmal so schnell zu wie das globale Bruttoinlandsprodukt. Und seit 2008 hat sich das Wachstumstempo auf das der Wirtschaft insgesamt vermindert. Damit falle die Globalisierung als volkswirtschaftlicher Treiber aus, folgern die Ökonomen. Als Bremse der Globalisierung erweist sich demnach zudem, dass sich kaum noch Fortschritte bei der weiteren weltweiten Handelsliberalisierung erzielen lassen, weil die Industrie- und die Schwellenländer es nicht schaffen, ihre Interessengegensätze zu überwinden.

Dabei verspricht nach der ökonomischen Theorie die Liberalisierung der Märkte Wohlstandsgewinne für alle, weil sie eine effizientere Arbeitsteilung zwischen den Volkswirtschaften ermöglicht. Das war auch der Gedanke, weshalb die Liberalisierung des Welthandels in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts forciert wurde. Ausdruck dafür war das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), dem 1995 die Welthandelsorganisation (WTO) folgte. Deren oberste Maxime ist die Liberalisierung des Handels.

Aus Sicht der Ökonomen fördert der Freihandel jedoch nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit und Leistungskraft der beteiligten Länder und ihrer Industrien, sondern reduziert dabei ebenfalls soziale Ungleichheit – und zwar sowohl innerhalb der Staaten als auch untereinander. Doch all dies ficht die Gegner des Freihandels und der Globalisierung nicht an – sie setzen auf die Renaissance des Nationalen, der Abschottung und treffen damit den Nerv all derjenigen, denen der freie Handel nach eigenem Befinden keine Vorteile gebracht hat und die sich von einer Rückkehr zur „guten alten Zeit" mehr Sicherheit und Prosperität erhoffen.

Ein Kommentar von Vera I. Kohn

Bildquelle „Container": shutterstock, Ralf Gosch

RÜCKBLICK AUF „KOMMUNALE ENTWICKLUNGSPOLITIK 1996 – 2016: 20 JAHRE BUNDESWEITER SERVICE“

Zu einem Rückblick auf „Kommunale Entwicklungspolitik – 20 Jahre bundesweiter Service in Bonn“ hatten Engagement Global in Kooperation mit der Stadt Bonn und dem Gustav-Stresemann-Institut eingeladen. Anlass für die Veranstaltung am 30. März war das 20-jährige Jubiläum des Zentrums für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit e.V.

Podiumsdiskussion im GSI über die Anfänge der kommunalen Entwicklungspolitik

Fotos: SKEW/Martin Magunia

Nach den Begrüßungen von GSI-Direktor Dr. Ansgar Burghof und Ministerialrätin Dr. Doris Witteler-Stiepelmann, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, warfen die Teilnehmer in moderierten Podiumsdiskussionen einen Blick zurück auf die Anfänge der kommunalen Entwicklungspolitik, deren Akteure und Motivationen. Die Diskutanten, Zeitzeugen der letzten 20 Jahre, zogen ein Resümee der vergangenen Entwicklungen. In einer zweiten Runde wurden die aktuelle Lage und die Herausforderungen der Zukunft thematisiert.

Über eine interaktive TED-Abfrage konnte sich das Publikum an den Diskussionen beteiligen. Das Zentrum für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit e.V. ist der Vorläufer der 2002 ins Leben gerufenen Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW).

Foto: Lukas Pietka

Dr. Ansgar Burghof (rechts) und der bisherige Vorsitzende Prof. Dr. Jürgen Wilhelm

„INTERNATIONALER DEMOKRATIEPREIS BONN“ WÄHLT DR. ANSGAR BURGHOF ZUM NEUEN VORSITZENDEN

Die Mitgliederversammlung des „Internationalen Demokratiepreises Bonn“ (IDP) hat in ihrer Sitzung am 5. April 2017 den Direktor und Vorstand des Gustav-Stresemann-Instituts, Dr. Ansgar Burghof, zum 1. Vorsitzenden gewählt. Burghof folgt damit auf Prof. Dr. Jürgen Wilhelm, der nicht mehr kandidierte.

Ebenfalls neu in den Vorstand gewählt wurden die Kommunikationsberaterin Ute Lange als Schriftführerin für den verstorbenen Dr. Uwe Schäkel und die Landtagsabgeordnete Renate Hendricks als Beisitzerin.

Der Verein verleiht mindestens alle zwei Jahre den „Internationalen Demokratiepreis Bonn“. Im vergangenen Jahr war die Außenbeauftragte der EU, Federica Mogherini, Preisträgerin. Die Laudatio 2016 im Bonner Rathaus hielt der damalige EU-Parlamentspräsident Martin Schulz.

Weitere Preisträger waren Vaclav Havel, Dr. Shirin Ebadi, Prof. Yadh Ben Achour und die Organisation Reporter ohne Grenzen.

IMPRESSUM

Herausgegeben vom
Gustav-Stresemann-Institut e.V.

V.i.S.d.P.: Dr. Ansgar Burghof

Tel: +49 (0) 228 / 8107- 0
E-Mail: weltenbuerger@gsi-bonn.de
www.gsi-bonn.de

Langer Grabenweg 68,
53175 Bonn - Bad Godesberg, Germany

GSI ERNEUT ERFOLGREICH KLASSIFIZIERT

Das Gustav-Stresemann-Institut e.V. ist von der HOGA GmbH Servicegesellschaft für das Gastgewerbe erneut als Drei-Sterne-Superior-Hotel klassifiziert worden. Die Urkunde wurde jetzt dem GSI überreicht.

Das GSI stellt seine Angebote regelmäßig auf den Prüfstand. So wurde im vergangenen Jahr der Bildungsbereich des GSI erneut ISO-zertifiziert. 2015 hat das GSI den „DEHOGA Umweltcheck“ für umweltbewusstes und nachhaltiges Handeln im Gastgewerbe mit der Auszeichnung „Bronze“ abgeschlossen.